

10072

Bibl. Jag.

v



# Uibersicht

Der von der K. K. Finanz-Prokuratur, dem K. K.  
Oxyallations-Gewichte, der K. K. Grundbesitzungs-  
Ministerial-Commission und vom K. K. Kultusminister  
Ansprachen K. K. Kultusminister auf Herka gestellten  
Anträgen zu dem Gesetzentwurf wegen Lösung  
der gesetzlich auf den Dominical-Gütern lasten-  
den Lasten für die Forderungen und dem dem,  
in der Unterfertigung und mit der gesetzlich  
Gewichte-Verwaltung. -

BJ







*Das A. B. Grundbesitzungs-  
ministerial-Commission.*

*Antony  
Joh. Kaufmann*

*Kaufmannsbrief.*





at  
my  
m  
zu  
g























eingetragt bei der dort anstehenden  
den kassirerischen per den  
waren selbst ihre Quelle in dem das haben  
gesehen und festung von zu diesem das fallen  
haben, wie dieses mit befehle bei den  
wie in vorstehender Grundsatz in fügen  
das soll ist. -

[illegible]



















Lösung angemerkt werden, weshalb  
 auf andere Forderungen der Natur  
 gegen ihre Gemüthsart, ihre  
 Eigenliebe und zeitlichlichsten An-  
 gaben, als mit diesem gesetzlichen  
 Pfandrecht dadurch nicht angestrichen  
 werden können, und die hier be-  
 zugsnehmende. Das Lösungsbuch-  
 auf sie nicht angewandt werden darf.  
 Dieses Patent kann im so manigen  
 auf die Forderungen auf den Gemüths-  
 theiligkeiten zwischen dem Herrn  
 Pfanden und den Naturgeheimen aus-  
 gesetzt werden, als das Buch der will-  
 kührlichen Befreiung und dem in der  
 künftigen Pfanden für die Herrn  
 Pfanden erst mit dem Patent  
 vom 10. Juni 1786. verfahren, und der  
 Naturgeheim zwischen Dominical-  
 und rustical Pfanden erst mit  
 dem künftigen Patent d. d. April 1787  
 und künftlich mit dem Patent  
 vom 10. Juni 1784. d. d. bestimmt werden.  
 Dieses Patent soll daher auch nicht  
 den unmittelbaren Zweck, das die Herrn  
 Forderungen der Naturgeheimen nicht in-  
 gänzlich beseitigt zu geben, seinen  
 Absicht ist in demselben selbst aus-  
 drücklich ausgedrückt, sie ist die  
 sein gewiss, um  
 a. Die Zweifel zu beseitigen, an was  
 sich die Naturgeheimen bei der  
 Veränderung mit ihrem be-  
 zugsnehmenden zu halten haben.  
 b. Mit gehöriger Klugheit die Natur  
 der Naturgeheimen, die künftlich-  
 gung der Natur zu der Natur.  
 den und die Naturgeheimen der Natur  
 setzen in der Natur die Natur  
 zu beseitigen, und  
 c. Künftig den Naturgeheimen  
 die Natur an die Natur zu ge-  
 ben, an ihrem künftigen für  
 die Naturgeheimen der Natur  
 Naturgeheimen zu finden  
 das Patent vom 10. Juni 1784. lautet:  
Überschrift. Patent "an was die"  
"Naturgeheimen in der Natur solten"



Andrag des Hofrathes über die Folge...

"Vergütungen, die von dem auch pflicht der"  
"Unterstützung der gelehrten Wissenschaften für"  
"unsern, ihren Leistungen zu messen haben"  
"wenn die Unterstützung der Wissenschaften werden."  
"Eingangs, dem Statute vom 18. April 1884. findet"  
"sich bereits die Vorbestimmung, dass die Vorbestimmung"  
"nach der Aufstellung solcher Vergütungen, die"  
"dem auch pflicht der Unterstützung der Wissenschaften für"  
"haben die Leistungen zu messen haben, in dem Falle, wenn"  
"Förderung zu messen haben, so die Förderung"  
"sich zu messen werden. Damit nun auf die"  
"Förderung der Wissenschaften eine Rücksicht haben, wie"  
"Förderung der Leistungen der Vorbestimmung in"  
"Concurrenz zu klassifizieren sind, wird folgendes"  
"gesehen werden."  
"Das Gesetz macht in den folgenden Bestimmungen"  
"den Vorbestimmung a. zwischen dem Falle von dem für"  
"bestimmt, und b. zwischen dem auch in der"  
"Zukunft sich abzuverwirklichen Fällen."  
"ad a. bestimmt der §. 1. "Wenn die auf dem Lande der"  
"Unterstützung der Wissenschaften der Leistungen"  
"des Vorbestimmung an ihren Obgleich der Vorbestimmung"  
"der im §. 2. des Statuts vom 18. April 1884. festgesetzt"  
"den 3. jährigen Zeit abgelaufen worden sind,"  
"so gebührt demselben, insofern es Fälle für die"  
"Vorbestimmung betrifft bei Concurrenz der II. Classe etc."  
"ad b. sagt der §. 2. "Für die künftigen Fälle soll"  
"die vorgeschriebene Octava oder der 8. April der"  
"Vorbestimmung der Vorbestimmung der Vorbestimmung der auch"  
"den Lande der Unterstützung der Wissenschaften der Leistungen"  
"den, und der Vorbestimmung der festgesetzten 3. jährigen"  
"Zeit abgelaufen, Vorbestimmung der Leistungen"  
"vorgesehen, und also fest, dass auch ohne Vorbestimmung"  
"sich solche Leistungen der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"auf den 8. April von dem Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"allen vorgeschriebenen künftigen Gebieten etc."  
"den Vorbestimmung der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"Länder also, so die Vorbestimmung der Octava"  
"einen jeden Fall der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"und die Leistungen der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"soll die Octava von dem auch auf der Vorbestimmung der"  
"der obbestimmten Vorbestimmung der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"den etc. etc."  
"Wenn man bei der Vorbestimmung der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"im §. 6. des a. b. g. b. aufgestellten Grundsätzen"  
"anwendet, so zeigt sich a. dass auch der Vorbestimmung der"  
"den Vorbestimmung der Vorbestimmung der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"  
"den auch auf b. und der Vorbestimmung der Vorbestimmung der Vorbestimmung der"



[illegible]



nicht aufzuheben, ja ihr sogar widerstreben würde.  
ad b.) Welche Aufsicht der Gesetzzgeber bei dem letzten  
des Patentes vom 18. April 1784. hatte, unter sich  
oben und unten ausgesprochen. Auch der Befehl zum  
letzten des zweiten Patentes vom 10. Juli  
1789. gab, ist unter und der Gesetzzgeber,  
von, Comentaren, und auch der Gesetzzgeber  
nicht aufzuheben. Auch unter sich des Patents  
vom 18. April 1784. der Aufhebung keine  
günstige Wirkung für die Sache zu erwarten  
bei Fortsetzung gewünscht wurde, indem das  
selbe eine Frage betrifft, was  
bei Verhandlungen der Gesetzzgeber,  
nur, der Aufsicht der Aufhebung bli-  
be, und weil diese u. f. Aufsicht auf dem  
Kaisers, so wissen der Fortsetzung  
der Aufhebung mit anderen Umständen  
eine Collision entsteht, in welchem Falle  
nach dem Gesetze vom 26. Jan. 1789.  
b. die politische Execution für die Fortset-  
zung, einen Platz zwischen dem, keine  
Wirkung hat, und für die Sache zu  
erwarten, welcher das betreffende Gut  
und der Gesetzzgeber an sich bringt, nicht  
diejenige Aufsicht zu erwarten, welche  
dem neuen Gesetzzgeber, der zum Ende  
nicht zuletzt eine andere Art verlangt,  
gibt, so wissen der Collisionen  
mit der Aufsicht des letzten Patents  
stand, das Patent vom 10. Juli 1789.  
fortzusetzen zu haben.  
Auch mit dem neuen Obergericht,  
da das Gesetzzgeber zu diesem Patente  
fällt, dass der Gesetzzgeber die Aufsicht hat,  
da, dass der Gesetzzgeber die Aufsicht,  
fortzusetzen: wie "Eingabe" fortsetzen  
von, wie sie im Patente vom Jahre  
1784. bekannt worden, in "Concurs",  
stellen zu befestigen sind, das  
sagt: und welche Art mit Aufsicht  
der allgemeinen Bestimmungen des  
Patentes vom 18. April 1784.  
und der Befehle nicht anders  
aufzuheben soll der Gesetzzgeber,  
Fortsetzung, wegen der Aufsicht  
nur das Patent des Obergerichtes, im Ein-  
klänge mit der, über die Gesetzz-  
Fortsetzung befestigen Aufsicht,  
von, angewandt sind.  
Der Zweck des Patentes vom  
Jahre 1789. ist immer derselbe, wie  
für das Patent vom 18. April  
1784. zu Grunde lag.



Ansbay Sal. Preussischen. Landesregierung.  
 Da aber nach dem Tode des Herrn Justiz  
 1789. die mit dem Lande der Ansbay-  
 nigkeit verbundenen Verbindungen,  
 wenn sie in der, im Tode des  
 Justiz 1784. festgesetzten 3. jährigen  
 Frist nicht angebracht werden, so,  
 jährlich, so müsste man, wenn man  
 unter dem, im §. 1. und 2. des Jahres,  
 Sal. v. J. 1789. gegebenen allgemeinen  
 Anbieten: nicht bloß die im Tode,  
 da vom J. 1784. erwärfte Kosten  
 bringen, sondern übersteigt alle mit  
 dem Lande der Ansbaynigkeit flie-  
 senden Verbindungen abzumehren  
 wollte, weil nach der gegenwärti-  
 gen Ansicht des Landes der Ansbaynig-  
 keit in der, dem Ansbayn als solchen  
 gesetzlich anstehenden Kosten der  
 Kosten gegen seinen Grundbesitzer als  
 solchen, und rückfichtlich in der, ge-  
 gen die gesetzlich anstehenden Verbindungen  
 schuldigen Kosten der Kosten, und  
 weil dem Ansbayn in der Anstehung  
 fallen nur der Wert der Kosten,  
 so offen steht, consequenter Weise  
 so nachzugeben, daß zu diesen für  
 den Ansbayn, und die  
 Grundbesitzer. Anstehung und  
 gesetzlich anstehenden Verbindungen ge-  
 fügen, weil nur der Ansbayn die  
 Zahlung der Kosten, die Kosten,  
 dem Ansbayn und schuldigen  
 blinden Ansbaynigen Kosten  
 gesetzlich stehen, so wie nach ge-  
 gesetzlich anstehenden Verbindungen ansetzen  
 müßte, und so wie der Kosten der Kosten  
 von den; und so wie man nach der  
 gegenwärtigen Anstehung, daß die Kosten der Kosten  
 gegen übersteigt, und nicht bloß, wie die Kosten  
 nach der Anstehung und, rückfichtlich der und  
 diesen Kosten anstehenden Verbindungen  
 Anstehung, die der Kosten der Kosten  
 Staat der Anstehung, welche auf die Kosten  
 gebe der Anstehung der Kosten der Kosten  
 in der Kosten, §. 3. §. 1293. 1293. u. b. G. L. und,  
 nicht, unter dem in beiden Jahren bestim-  
 men Verbindungen ansetzen müßte; Kosten  
 v. 21. August 1797. §. 32299; und nicht nur die, rück-  
 fichtlich der Kosten der Kosten in der Kosten v. J. 784. aber  
 zu Gunsten der Ansbayn nicht anstehenden Verbindungen  
 unmöglichkeit unter dem, bezüglich der Kosten der Kosten  
 Verbindungen anstehenden Verbindungen, gerade vom der,  
 jährigen Kosten gemacht werden müßte, welche der Kosten  
 Ansbaynigen Kosten gesetzlich anstehenden Verbindungen, alle  
 ein Anstehung für den Kosten anstehenden Kosten der Kosten  
 Kosten gegen die Anstehung, §. 3. §. 1293. 1293. u. b. G. L. und,  
 nicht, unter dem in beiden Jahren bestim-  
 §. 3. Sal. Anstehung. Kosten. Anstehung und,



[illegible]







[illegible]



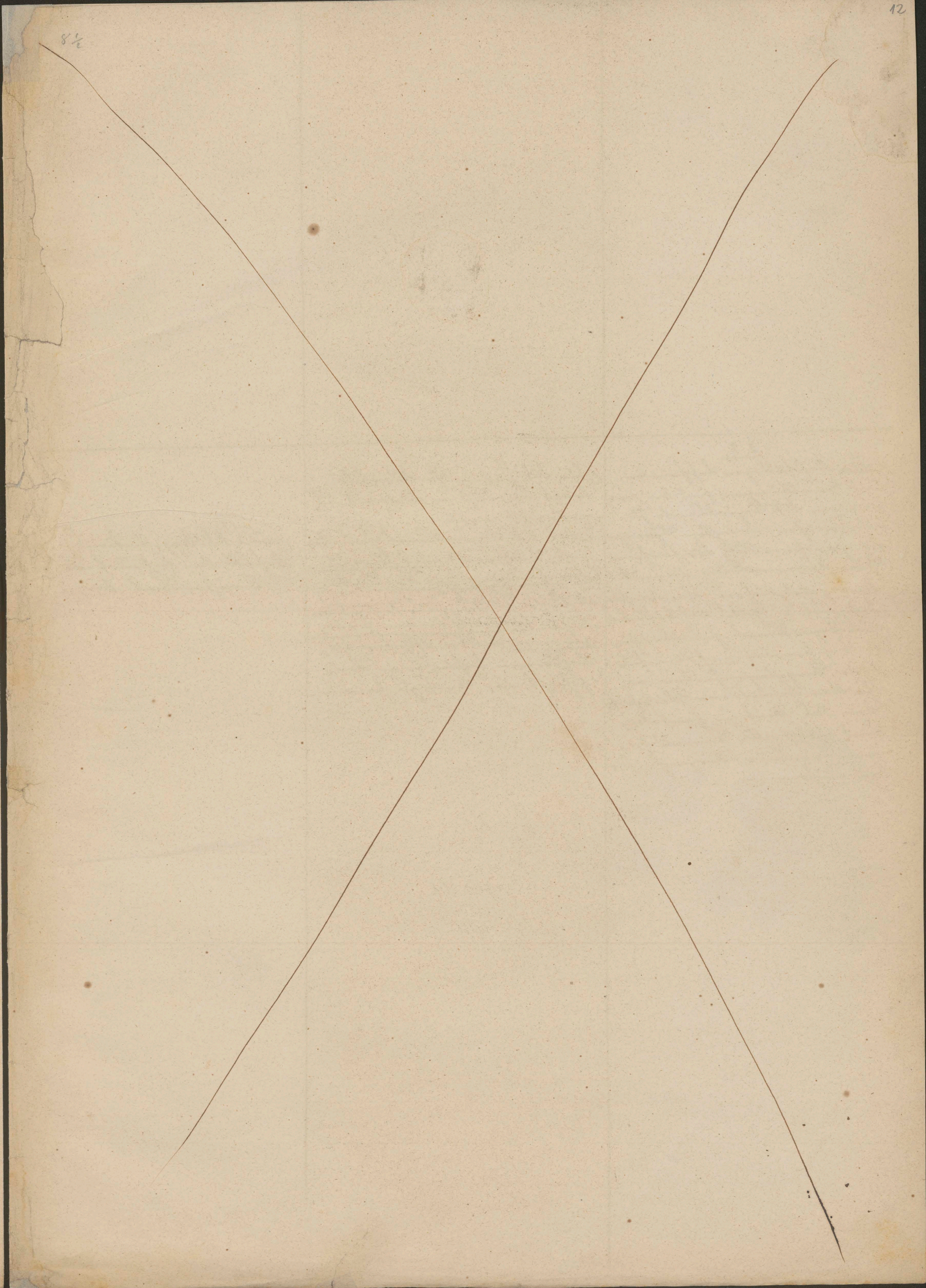




Andang der Defensionen, Festsetzung  
fallen, so kann Defensionen,  
nicht stattfinden, und gesetzlich. In  
dem nach dem Gesetz vom 18. April  
1784. Gesetz vom 20. Juli 1829.  
Z. 17088. Letzter nicht in der festigen  
festen Frist eingetragene Forderungen  
von nicht mehr gesetzlich werden  
sollen, so ist kein Grund vorhanden,  
den nach im Wege der Defensionen  
eingetragene Forderungen, somit  
für nach unbestimmten illiquiden den  
Forderungen, die Begünstigung rings,  
während, wenn für gar nicht, oder  
zu spät eingetragene werden, daß für  
nach gegen die Forderungen geltend zu  
machen werden können, welche die  
Forderungsfälle nach dem Gesetz,  
den Gesetzen allerseits gesetzlich  
definit unabweislich sind. Durch  
eine solche Begünstigung würde nach  
dem Gesetz vom 18. April 1829.  
§ 17088. begünstigt mit unwillk.  
von der Forderung in dem Fall zu  
Forderungen gegeben werden. Wenn  
nicht anders als sich nicht Forderungen  
von, dem Liquidität seiner Forderungen  
nachträglich Forderungen von,  
abwandeln werden; dann wird die  
Forderungen die Forderungsfälle nicht  
nach dem Gesetz Handrecht nach viel  
Gut selbst, sondern nach in der  
Forderungen nach gegenüber der  
Forderungen werden, und man  
kann die Forderungsfälle selbst gar,  
Forderungen nach nicht barbaren,  
weil die Forderungen Forderungen,  
nach einer Defension der  
Forderungen Forderungen selbst.  
Der Gesetzgeber trägt nach folgenden  
Begründung § 1. 1. an:

Alle Forderungen der gewesenen  
Unterthanen an ihre vormaligen  
Oberkeiten, welche was  
immer für aus dem Band,  
de der Unterthänigkeit ge,  
forderte und geleistete Dien,  
ste oder Entrichtungen zum  
Grunde haben, und welche  
a. bisher nicht eingeklagt,  
oder nicht rechtskräftig  
entschieden, oder b. durch  
ein rechtskräftiges Erkennt  
nis bereits anerkannt  
worden sind, müssen  
höchstens bis zum







f. 2.

Die künftigen Landesverwalter  
und Amtmänner, sind bei dem  
jüngsten k. k. Landrath zu  
überweisen, in dessen Begehung  
der gewöhnliche Sitz der kaiserlichen  
Landesverwaltung ist, mit  
dem gesetzlichen Aufwand  
bestimmter Güter sich beschränkt.  
Der Landrath hat über je  
den Landesverwalter, ausser für  
seine Angelegenheiten u.  
sonstigen bestimmten Anordnungen  
den Rath zu suchen,  
und über alle Amtshandlungen  
von gewöhnlicher Anordnung  
zu entscheiden. —

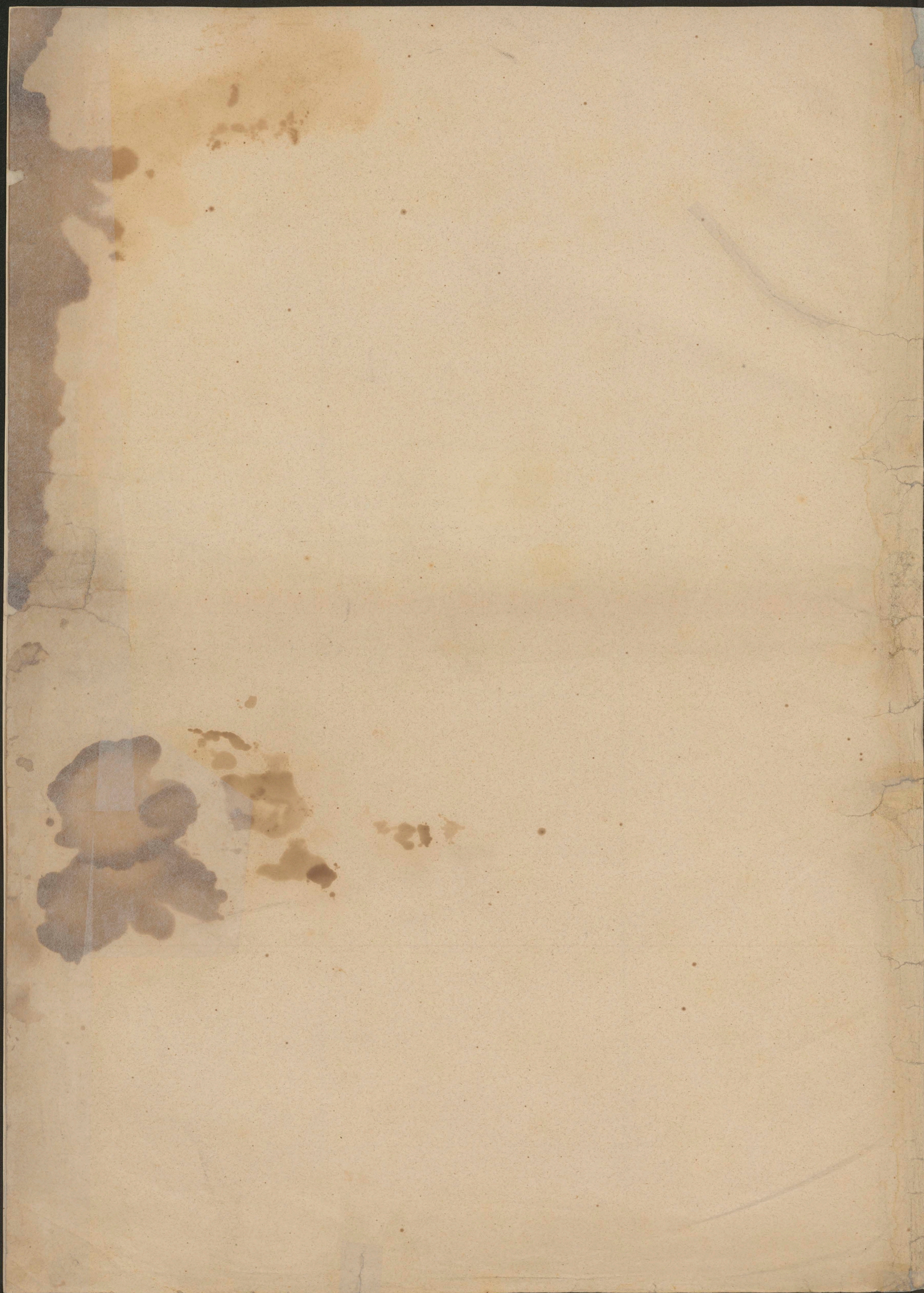
Der K. K. Finanz-Protokollant  
erlegt an, daß in diesem J. und  
gekauft wurde:  
Der K. K. Landkassant jedoch  
jeder Kaufmann auf der, für  
die Einbringung der Akte  
vielfachstände und gegenfri-  
ligen Unterstüßung der  
vorigen unter einem  
bestimmten bestimmten Vor-  
schrift, der Land zu verkaufen.

Für H. H. Appellationsgericht  
besetzt von Ludwig von H. H.  
Ministerium der



174  
175











Der K. K. Finanz-Prokurator wird  
an Jemand in der Tat gesetzlich  
genommen werden, dass jedoch die Bestim-  
mungen der obigen §. 1. u. 2. Gering-  
gesehen wird. Der eigensinnige  
der mit der gesetzlichen Bestimmung  
beabsichtigten Güter frei bleibt, die  
Lösung dieser Bestimmung nicht  
ist. Derlei Bestimmungen zu er-  
wirken und pflichtet der Finanz-  
minister das folgende §. vor.

### §. 3.

Wird innerhalb der im §. 1. fest-  
gesetzten Frist keine Liquidation  
oder Abrechnung eingereicht, so  
ist fürwahr der Gültigkeit der  
über diesen Angelegenheiten der Bestim-  
mung vom betreffenden Gericht,  
auch zu verfahren.

Der K. K. Appellationsgericht wird  
diesem Antrage bei und pflichtet die  
den Paragrafen in folgenden Art:

### §. 3.

Wird innerhalb der im §. 1. festgesetzten  
Frist keine Liquidation oder Abrechnung  
eingereicht wird oder aber die ein-  
gereichten Liquidationen als ungenügend,  
das zurückgewiesen oder nicht  
die zum Kennen der Sachlage für.  
Anrechnung befriedigt werden, so  
ist fürwahr der Gültigkeit der  
Liquidation von dem betreffenden  
Gericht klaren zu verfahren, auf die  
von Grundrissen der Gültigkeit der  
Anrechnung in der Liquidation, dass  
das Gut für solche Unterstellungen,  
Anrechnung von der Bestimmung befreit  
ist, befreit kann.

### §. 3.

Um die Befreiung der ehemaligen  
Communal-Gültigkeit von der ge-  
setzlichen Bestimmung und der gesetzlich  
Gewissenshaftigkeit zu bewirken wird vor  
Allem erfordert, dass die gewöhnliche  
Gewissenshaftigkeit das Absolutorium  
über die sowohl in Liquidation auf  
den Betrag der Abrechnung und Passiv-  
Rechnung als in Liquidation auf die  
gesetzmäßige Veranlassung ge-  
hörig geprüfte Liquidation  
des Abrechnungs- und Curanden- so  
wie das Depositen- Vermögen  
erhalten haben.

Wird binnen 3 Jahren vom Be-  
ginn der Befreiung des Absolutoriums  
kein Antrag auf die Abrechnung  
des Abrechnungs- und Depositen- Ver-  
mögens oder auf andere  
Zweigen der Justizverwaltung  
der ehemaligen Gewissenshaftigkeit  
bei mittelst Syndicats- Liquidation  
da gemacht und auf kein  
beträchtliches zurückgewiesen  
angewandt so wird demselben  
gesetzlich, nur wenn von dem  
betreffenden Oberlandes-  
richter angeordnet wird, die  
Kunde mit der Liquidation  
angewandt, dass in der  
weisenden Frist keine solche  
Liquidation überwiesen wird,  
kann jedoch solche Urkunde sein, wenn  
die Bestimmung der Octava nicht  
auf einen anderen Grund  
§. 3. 1. und 2. / ganz oder theilweise

Der K. K. Finanz-Prokurator muss  
die Liquidation, dass in der ge-  
setzten Frist der K. K. Minister-  
minne die Liquidation der ge-  
weist, bei welcher die Liquidation  
der Oberverpflichtung angestrichen  
ist, so wie die Bestimmung nicht.  
pflichtet das verurtheilte 8<sup>te</sup> Stück  
des Oberverpflichtungs- Ca-  
pitals für die und stellt diesen §.  
in zwei Paragraphen wie folgt:

### §. 4.

Um die Befreiung der ehemaligen  
Communal-Gültigkeit von der ge-  
setzlichen Bestimmung und der gesetzlich  
Gewissenshaftigkeit zu bewirken wird vor  
Allem er-  
fordert, dass die gewöhnliche ge-  
wissenshaftigkeit das Absolutorium  
über die sowohl in Liquidation auf  
den Betrag der Abrechnung und Passiv-  
Rechnung als in Liquidation auf die  
gesetzmäßige Veranlassung ge-  
hörig geprüfte Liquidation  
des Abrechnungs- und Curanden- so  
wie das Depositen- Vermögen  
erhalten haben.

Wird binnen 3 Jahren  
vom Beginn der Befreiung  
binnen Absolutoriums

Der K. K. Appellations-Ge-  
richt befiehlt den gesetz-  
lich der K. K. Minister-  
minister bei und pflichtet  
nur an, dass im §. 3. (respec-  
ve §. 4.) nach dem Wortlaut: "und  
auf kein beträchtliches zurückgewiesen  
angewandt" die Li-  
quidation angenommen werden.  
"Die überwiesenen Liquidationen als  
ungenügend zurückgewiesen oder  
aber die zum Kennen der Sachlage  
gen befriedigt" - so wird etc  
(wie im Ministerialantrage)



alle Anmeldungen von  
Kaufmann zu führen.

Dieser Aufsicht wird auf von  
der Grundbesitzungs-Mi-  
nisterial-Commission zu-  
geordnet, sie soll sich in der  
zu gehörigen in ihrem Lande  
wünsche von - dieser Arbeit:

§. 3.

Dann innerhalb der im §. 1. fest-  
gesetzten Frist kann der  
die Beschwärde oder An-  
meldung eingereicht wird  
oder die eingereichte Be-  
schwärde in f. w. von der  
K. K. Appellationsbehörde  
entwinkt. —

Kaufmann stimmt für die  
Aufnahme dieser Beschrän-  
kung in das Gesetz und  
trägt auf die Aufnahme  
des Entwurfs der K. K.  
Grundbesitzungs-Mi-  
nisterial-Commission an.

In der Grundbesitzungs-Mi-  
nisterial-Commission werden von  
den beauftragten Commissarien  
gleichzeitig 2. Aufsichten aufzu-  
stellen und zwar:

I. Dem H. H. Napadewicz der  
beide der Landesregierung wird  
befohlen, dass auf angelegte  
Beschränkungen der Grundbesitzungen  
und den Unteroffiziersstand  
jede Haftung der Güter aufzu-  
heben, somit die Octaval-  
haftung in Galizien aufzu-  
heben und der Verwaltung der Ge-  
richtsbezirke der Provinz und  
Ingenieurwesen auszuweisen,  
guten Einrichtungen nicht auf,  
ganzes werden durch. In der  
Grundbesitzungs-Ministerial-Com-  
mission aufzuheben.

Das Patent vom 18. April 1844  
bestimmt ausdrücklich nur  
an was sich der Unteroffizier  
nachstehend seiner Aufweisung  
auf Herabsetzung für die auf  
den Lande der Unteroffizier.  
Mit gesetzten und gelassen.  
an Dienst und Fortschritt.  
von der Herabsetzung der Kosten  
der Güterbesitzung zu setzen  
sich. Das Patent vom 10. Juli  
1849 sagt, dass in demselben den  
Güterbesitzern eine Befreiung  
gegeben wurde, wie dergleichen  
den oberwähnten, sondern  
von der Befreiung zu  
zu klassifizieren sind.

Die vom H. Napadewicz angelegte  
Aufsicht und die für dieselbe ange-  
legte Grund sind nur eine  
Minderstellung der von der K. K. Regierung  
zustehenden in ihrem Lande von  
22<sup>ten</sup> März 1851 Zl. 15204, welche mit  
dem Lande der Landes-Präsi-  
dium vom 6<sup>ten</sup> Juni 1851 Zl. 4912  
den selben Ministerium vorgelegt  
wurde, aufgestellten Beschränkung.  
Diese Aufsicht wird auf bei der  
im Jahre 1824 wegen Aufhebung  
der Octava stattgefundenen Ge-  
richtsbezirke der K. K. Landes-Ge-  
richtsbezirke (J. Zl. 49815, 6. Logen d. 2.)  
von einigen H. Votanten an-  
geordnet. —

Da bei der Grundbesitzungs-  
Ministerial-Com-  
mission aufgestellten An-  
sichten davon sich nur die  
Ergebnisse: ob die den Unteroffizier-  
nen mit der Befreiung  
der Octava gegenüber den  
anderen Gläubigern in  
Gallen der Concurrenz über  
der Kasse der Domin-  
cal-Güterbesitzung oder bei  
gerichtlichen Executionen  
sachlichen von Domini-  
cal-Gütern, wo somit die  
Prioritäts-Rechte der Gläubiger  
zu verweigern können.  
gewisse Befreiung auf  
den dieselbe befanden gesetzlich



erfolgt. Die Annahme, in der  
Landesrat, dass das Gut von jener  
gesetzlichen Haftung wegen der  
gleichen Verbindungen frei sei,  
begehren können so dass von  
dieser Zeit jener Aufsicht auf  
die Octava und beaufsichtigung  
auf ein Tausendtal sowohl als  
jedes andere gesetzlich Pfand,  
wird auf das Gut von diesem  
Titel verbleibt und die etwa noch  
bestehenden sind bis zu diesem  
Zeitpunkte nicht geltend gemacht,  
den Verbindungen von mehr ge-  
gen diejenigen geltend gemacht  
werden können, welche auf den  
bestehenden Pfanden gesetzlich der  
für verantwortlich sind.

Um jedoch jenen Nachteil von Oben-  
ten und Umgehung und überführt jenen  
Rathmann zu entfernen, die in der  
verpflichteten Zeit nicht in der  
Lage waren jenen Pfanden und der  
gesetzlichen Verwaltung  
durchzuführen, wird denselben ge-  
stattet diese Pfandenverpflichtungen  
für, in so lange die gesetzliche  
Kontrollierung nicht eingeleitet  
ist, gegen den Staat selbst  
geltend zu machen, welche  
die von der gesetzlichen Verwaltung  
verwaltung in jenen Jahren  
sollen gesetzlich anerkannt  
Verbindungen gegen Anspruch  
an den Staat und jenen zu  
bewilligen auf sich nimmt.

#### §. 4.

Die im §. 3. erwähnten Gegen-  
stände beschreiben und Anzahl,  
Dinge sind unter der  
Mithilfe bei dem jenseitigen  
digen Oberlandsgewichte  
oder bei dem im §. 2. be-  
zeichneten Landeskammern  
angegebenen. Im letzteren  
von falls können dieselben  
auch auf mündlich zu Protokoll  
gegeben werden.

Das Landeskammern hat die  
bei denselben angegebenen  
den Landeskammern und An-  
zahlungen eingeleitet  
den Oberlandsgewichte  
vorzulegen.

Ein Aufsicht auf die Verwaltung  
des Oben- und Unten-Oben-  
den von der von jenen der  
gesetzlichen Verwaltung der von jenen  
Gewichtverteilung mittelst Syndicats-  
Landeskammern gemacht und auf kein  
bzw. jenseitigen Aufsicht  
angewandt, so dass von dieser Zeit  
jener Aufsicht auf diesem Titel  
auf die Octava so wie jedes an-  
dere gesetzlich Pfandrecht auf  
das Gut der Art zu verbleiben,  
dass die etwa noch bestehenden  
und bis zu diesem Zeitpunkte  
nicht geltend gemacht werden  
können, welche auf den best-  
ehenden Pfanden gesetzlich dafür an-  
verantwortlich sind.

Um jedoch: wie im Ministerial-  
Erlass vom 1. 11. 1853.

#### §. 5.

Dem genannten Gewichtverteilung  
wird gestattet auf Ablauf der im  
§. 4. festgesetzten Frist bei dem  
Oberlandsgewichte im Sinne  
von dem letzteren anzugeben,  
dass die Landeskammern mit  
bestehenden Urkunden angeben  
sollen, dass bei diesem kein  
Aufsicht auf die Verwaltung  
des Oben- und Unten-Oben-  
den oder von jenen von  
den jenen der gesetzl. Ver-  
waltung das von jenen Gewichte-  
verteilung geltend gemacht wor-  
den sei.

Auf Grundlage dieser Urkunde  
so wie der im §. 3. bezeichneten  
Landeskammern hat über das die-  
sigen Einkommen der Staat,  
für das jenseitigen Kavalier,  
wird die Annahme in der  
Landesrat, dass das Gut von  
jener gesetzlichen Haftung  
wegen Verbindungen mit  
dem Staat der Unterst-  
weisung oder der Gesetz-  
ten Gewichtsverteilung frei sei,  
so wie die Verwaltung  
des Landeskammern (Kredit-  
§. 3. 1. Punkt vom 8. November  
1853) zu bewilligen und inge-  
nieursvollkommen zu lassen.

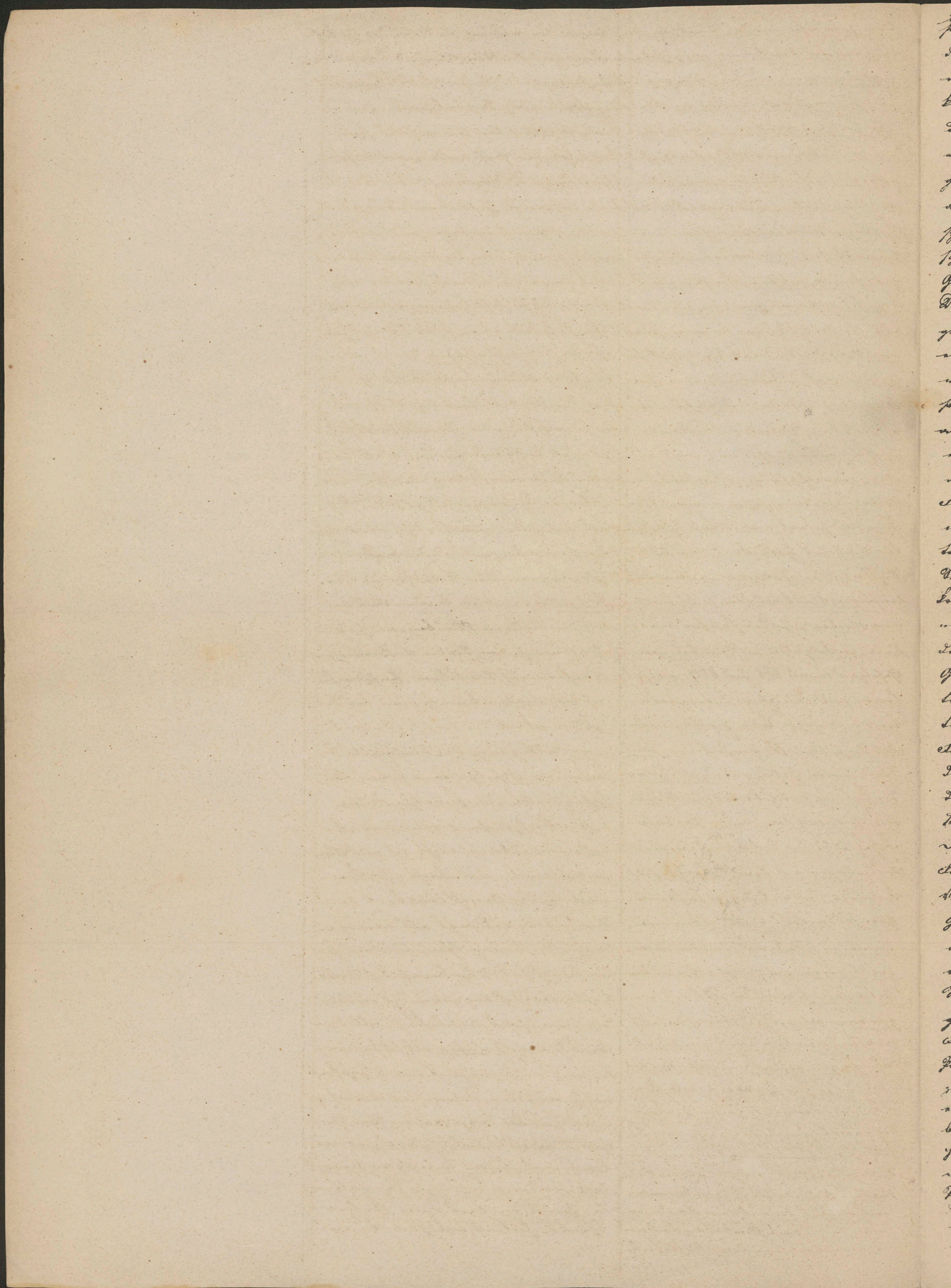
#### §. 6.

so wie der §. 4. des Ministerial-  
Erlasses vom 1. 11. 1853.





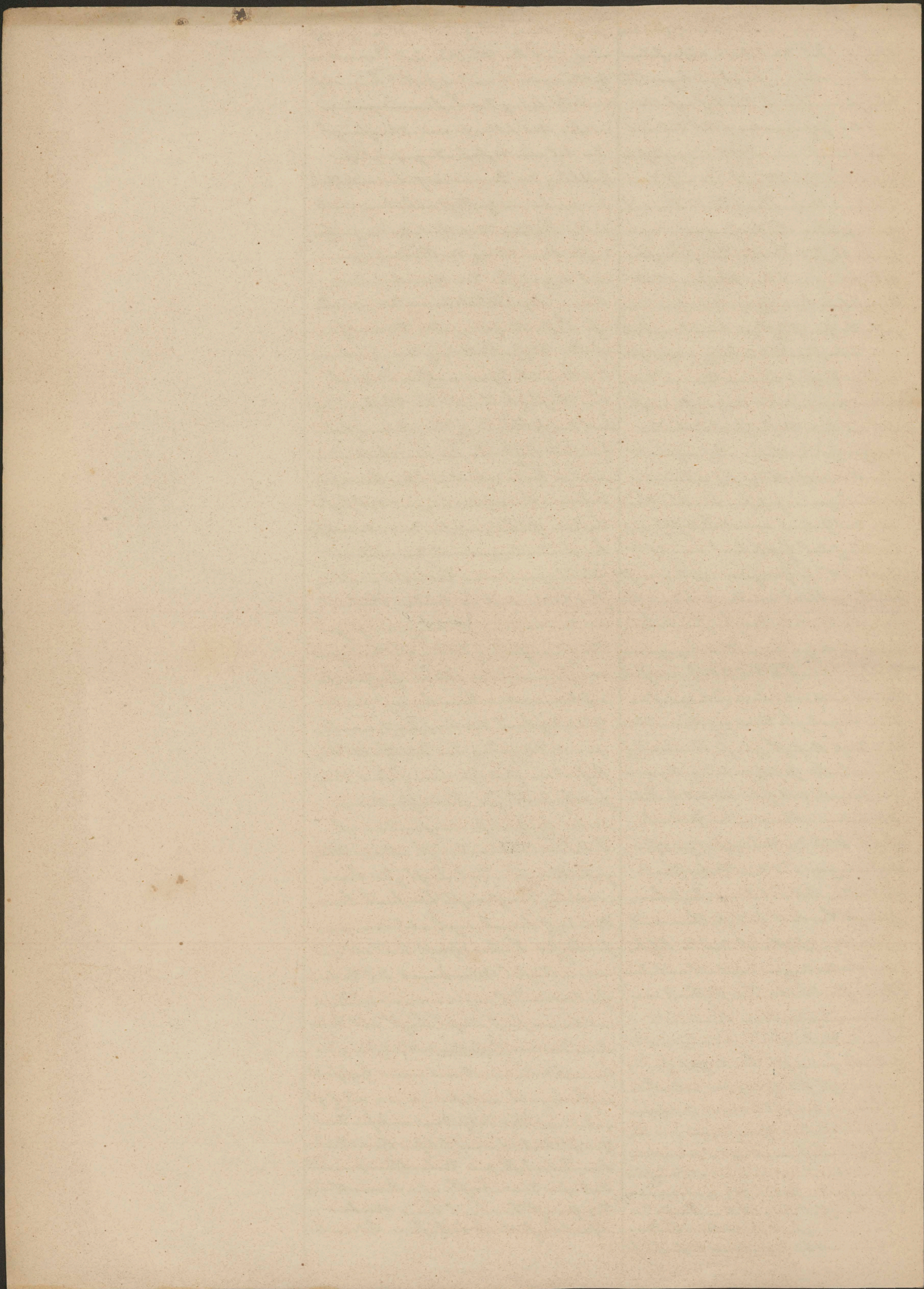










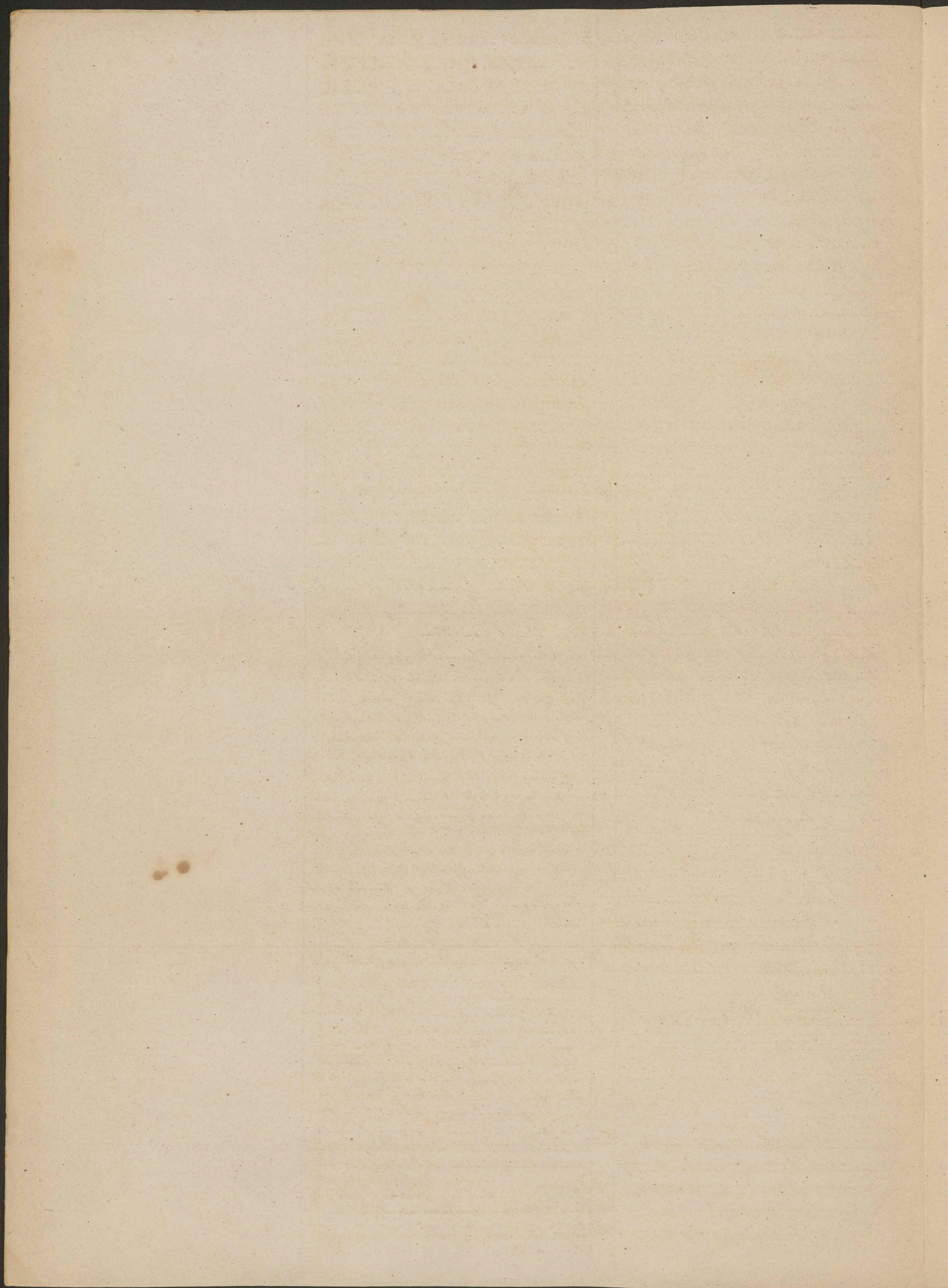




Das J. Hofrathsd. vom 28. Augbr. 1789. Z. 1058.  
unterſchrieben dieſen Befehl, weil  
daſſelbe nicht den Anfang der Octubr.  
Leſung, in welcher hiemit abſchließend  
Tab. a. J. Palant vom 10. Juli 1789 beſteht,  
sondern nur die Königlichkeiten, wie dieſe  
Leſung in der Landſchaft officiell  
zu machen iſt, zum Gegenſtande hat.  
Der hiſtor. Theil der anſchließenden An-  
zeige, da auch dieſe, in Folge  
der obigen Anordnung der Geſetze

[illegible]

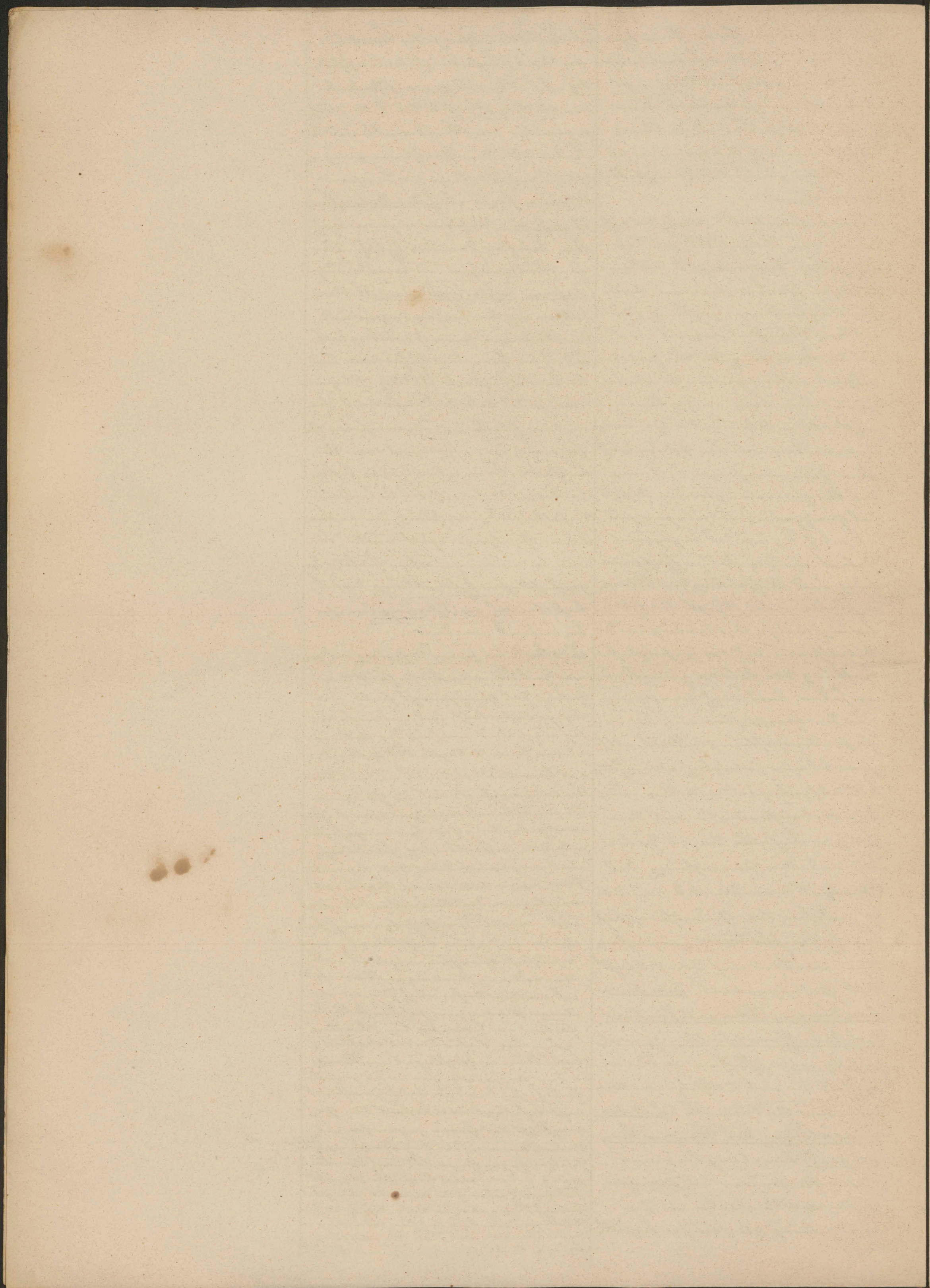








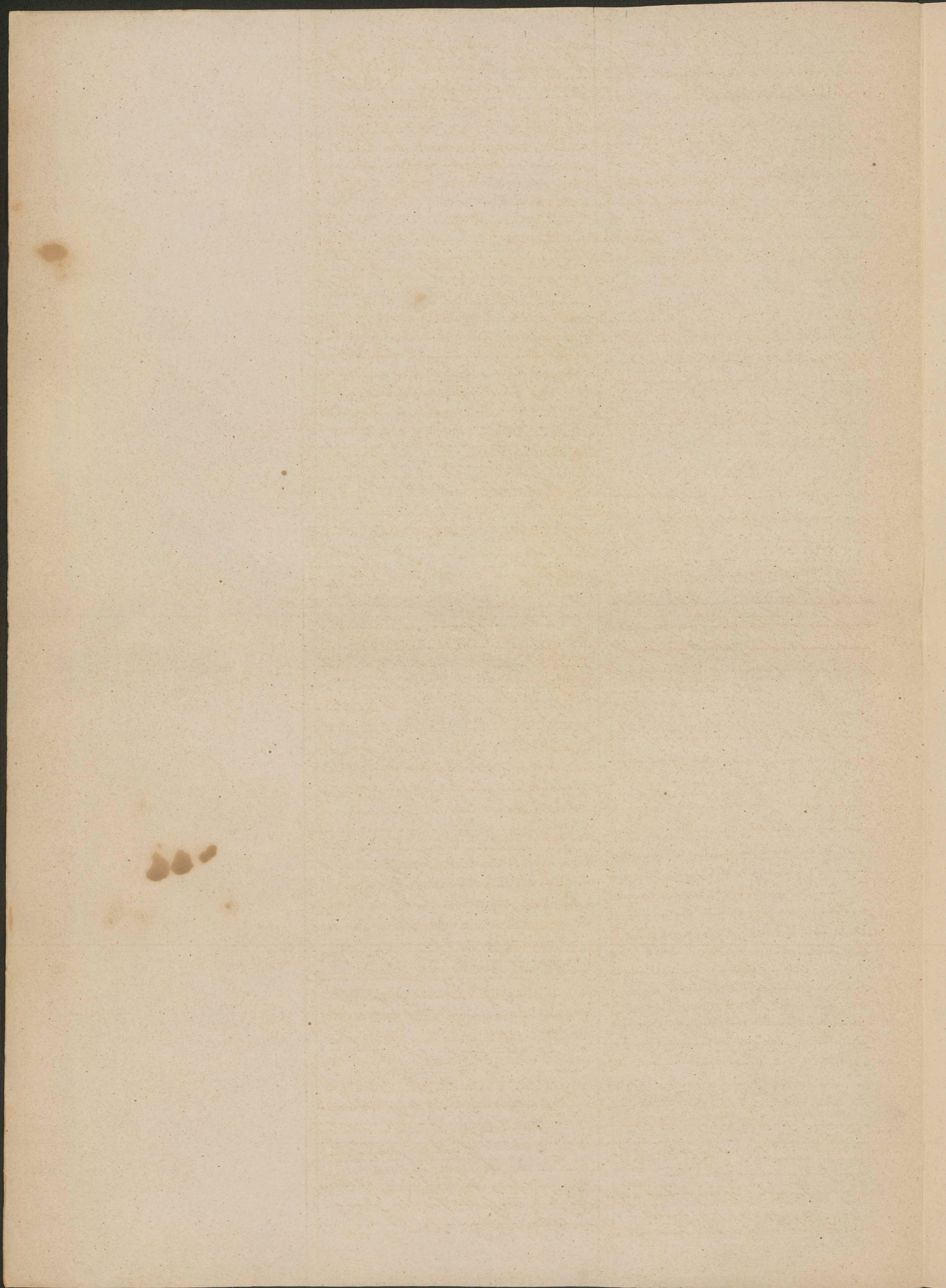














woggen Chordmännern und Musikern  
 aus für die zu bewilligen und zu  
 zahlen zu veranlassen.

S. 6.

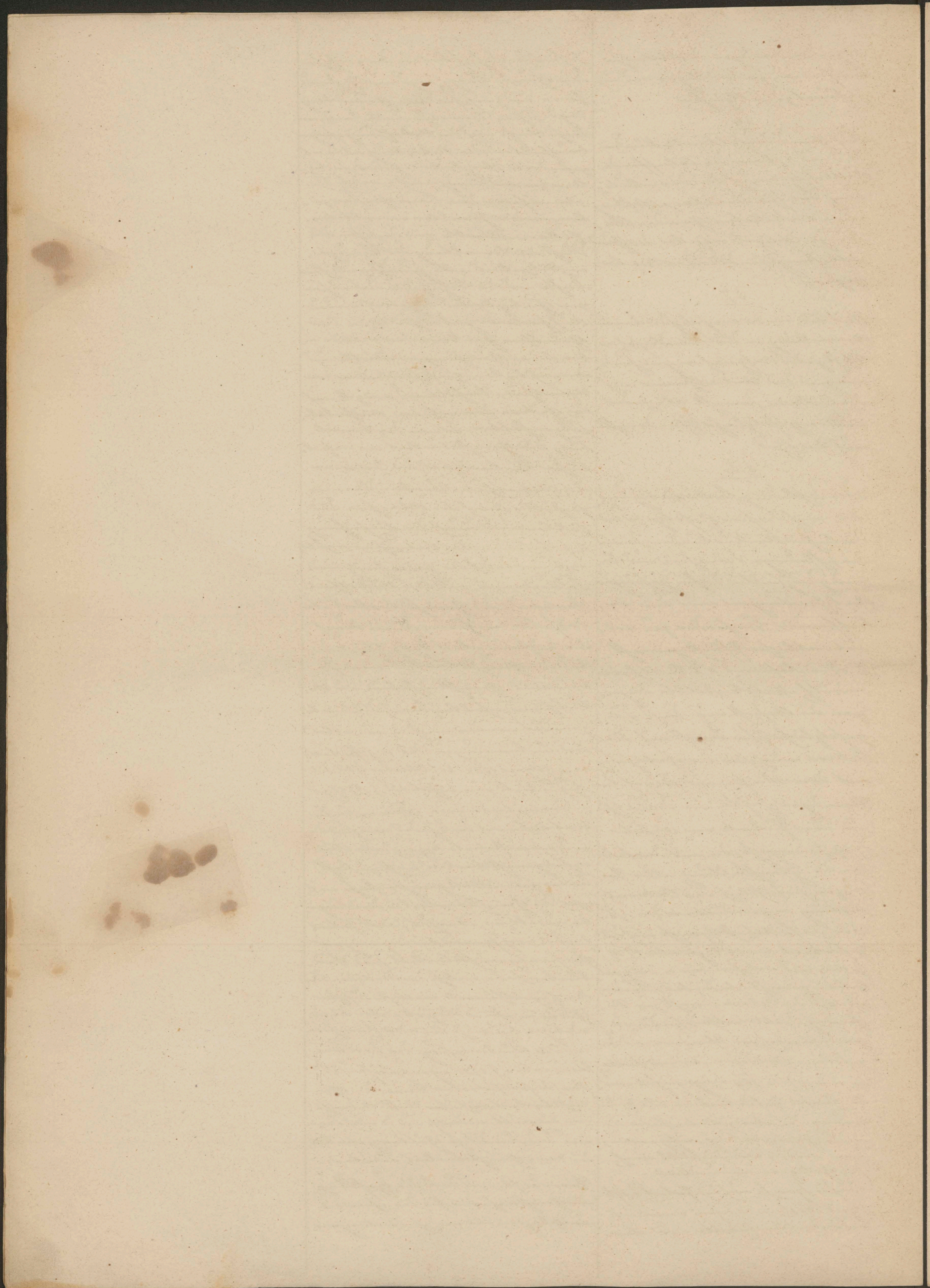
Aufgrund des obigen Urtheils  
(S. 3 und 4) kann das betreffende  
Einkaufsgeld nur für die Einkauf-  
steuer im Einkommensteuern  
abgesetzt werden bei der Ein-  
zahlung des Geldes in die Kasse.  
Die Einkommensteuer ist zu zahlen  
bei der Einzahlung des Geldes in die Kasse.

§ 7.

Mit der, in § 5 vorgeschriebenen  
Anordnung in der Landtheilung  
steht jeder Anspruch eines zu fordern-  
den auf die Abnahme und  
die Octava darauf als jedes  
andere gesetzliche Hinderniß  
auf der Hand.

[illegible][illegible]



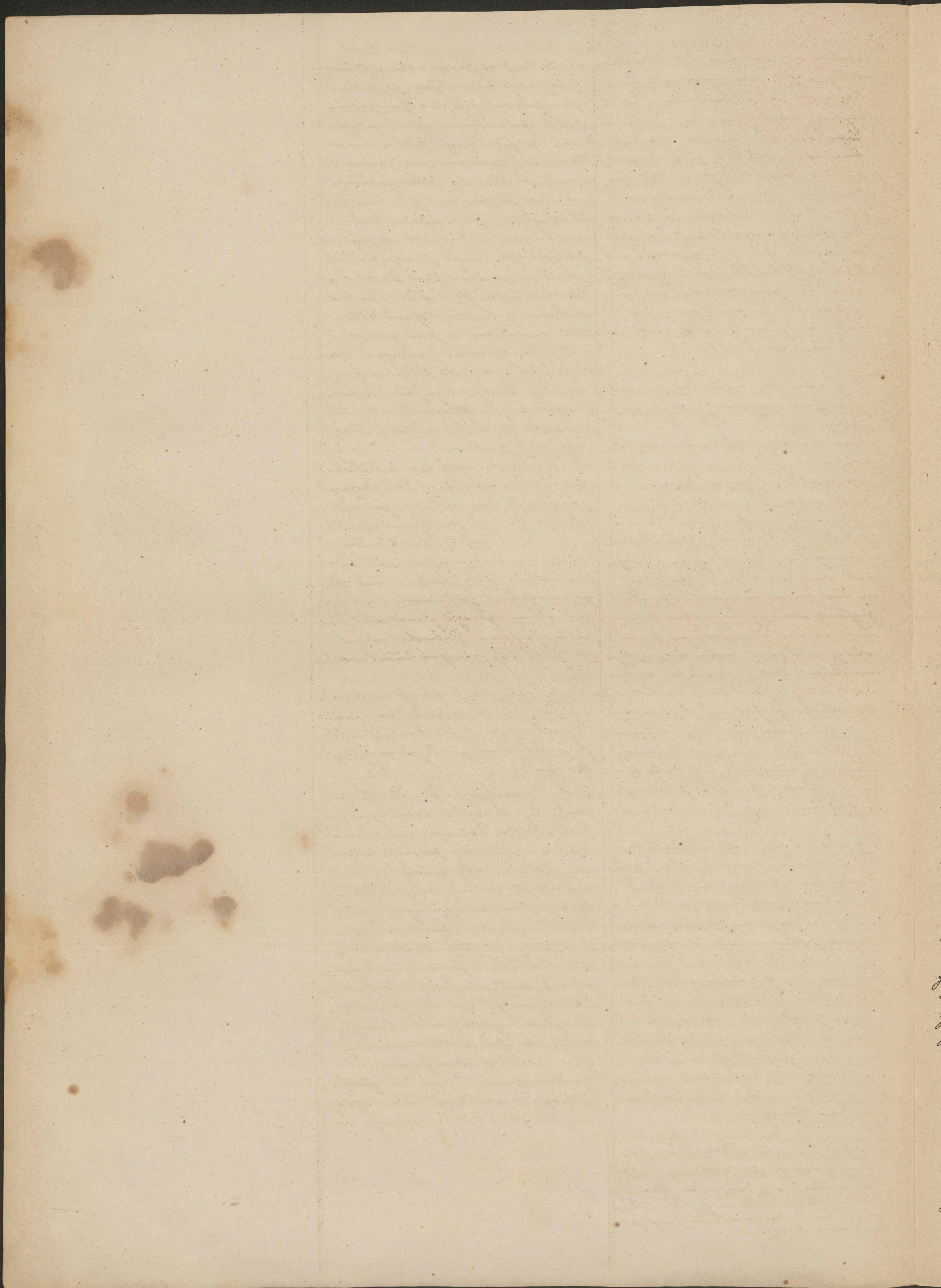




formen der Grundbesitzverhältnisse von  
der Lage der Gerichtsbarkeit und  
der politischen Verhältnisse  
auf der auf jeder Dominikalgründe  
als gesetzlich fest mit einem  
Anfall bestimmter Haftung für alle  
und dem Unterthanenstand und  
der Verwaltung der Provinzen, Provinzen,  
auch untergeordneten Einrichtungen  
auflösen wird, bis dahin aber die  
Haftung für alle Fortreibungen,  
wobei ein neues auf dem 15<sup>ten</sup>  
Mai 1848 festgesetzten Grundung  
der Unterstellung unterstehen, auf  
ein Ansehen festgesetzt werden.  
Für diese Aufsicht tragen die  
Präsidien, in welchen dieser Grundbesitz  
mit der Aufsicht, auf der Fortreibung  
und der Aufsicht der  
Jurisdiction-Anstalt gesetzlich  
worden ist.  
Endlich kommt die Aufsicht auf  
den Verwaltung der Provinzen & d.  
Ministerium der Angelegenheiten  
Gesetzgebungs, in welchem dieser  
Grundbesitz festgesetzt wird.  
Diese Aufsicht wird durch absolute  
Ministerialbefehl zum Gesetzgebung  
wobei ein Ansehen 3. Votanten,  
wobei für die Aufsicht waren, mit  
Herausgabe ihrer Separat-Aufsicht beistehen,  
den... der von der d. d. Grundbesitz,  
bestimmt. Ministerialkommissionen der,  
untergeordnete Gesetzgebungs beistehen.  
§. 4.  
Von der Aufsicht der Provinzen,  
möglichen Dominikal. Güter.  
König von der gesetzlich  
Haftung und der gesetzlich  
Gerichtsbarkeit zu beistehen  
wird von Allen ansehnlich,  
dass die Provinzen Provinzen,  
insbesondere das Absolutorium  
über den Prozess in Bezugung  
auf den Prozess der Akkord  
und Prozessanten als in der  
Zinsung auf den gesetzlich  
Verfallung gesetzlich gesetzlich,  
von Liquidation der Provinzen,  
gesetzlich und abgeordnet  
Provinzen mit Curanden - so  
wie der Provinzen-Kommunen  
oder der Provinzen, dass die  
Provinzen-Kommunen in der  
Gebietung der Provinzen  
gewissen, von der beistehenden  
Provinzen ansehnlich sein.  
Von gewissen Provinzen  
wird sein gesetzlich gesetzlich  
Gesetz das Absolutorium  
der Provinzen der

Verwaltung der Provinzen ist  
nicht in dem Unterthanenstand  
sein Grund sein. - Diese Haftung  
für auf der Aufsicht der Provinzen  
in der Verantwortung sein  
Grund, welche überstehen jedem  
Gesetzgebungs-Kommunen, von  
gewissen Provinzen-Kommunen,  
von der Provinzen für die Provinzen,  
für Provinzen beistehenden  
Provinzen und Unterstellungen  
obliegen; überstehen werden für die  
bestehenden gesetzlich Bestimmungen  
als: Gesetzgebung vom 20. Januar  
1848, Gesetz vom 18. Oktober 1848,  
Gesetz vom 5. Dezember 1846,  
30. Juni 1847 Gl 18940 (Gebietung -  
Landesregierung 21. Juli 1847 Gl 45774),  
Gesetz vom 30. September 1841  
Gl 30901 (G. d. Provinzen & Provinzen,  
von 1841 Gl 40511) und Provinzen  
verpflichtet.  
Die Provinzen-Kommunen bei der  
Verwaltung der Provinzen,  
möglichen Provinzen-Kommunen, von  
Provinzen der Provinzen bei der  
Verwaltung der Provinzen  
zur Verwaltung übergeben  
Provinzen von Provinzen der Provinzen  
von diesen Provinzen von der  
Verwaltung der Provinzen  
Provinzen ansehnlich Akkord und  
Provinzen überstehen und  
Provinzen verpflichtet ist Provinzen  
Provinzen-Kommunen Provinzen  
abgeordnet und die Provinzen  
Provinzen-Kommunen zu beistehen;  
wobei so ist auf die  
Verwaltung, welche Provinzen  
dass zu verfallenden Gesetz  
bezüglich der Provinzen und der  
Verwaltung der Provinzen,  
Kritik von Provinzen-Kommunen  
eingeleitet und Provinzen war,  
den soll, als eine Provinzen  
Provinzen-Kommunen Provinzen.  
Von der Provinzen-Kommunen  
gesetzlich Aufsicht Provinzen  
dass d. d. Ministerium Provinzen,  
Provinzen, indem es in der Provinzen,  
abgeordnet das d. d. Provinzen-Kommunen  
Provinzen Gesetzgebungs-Kommunen  
Provinzen-Kommunen, welche  
von der Provinzen-Kommunen  
Provinzen-Kommunen ist Provinzen,  
Provinzen und der Provinzen

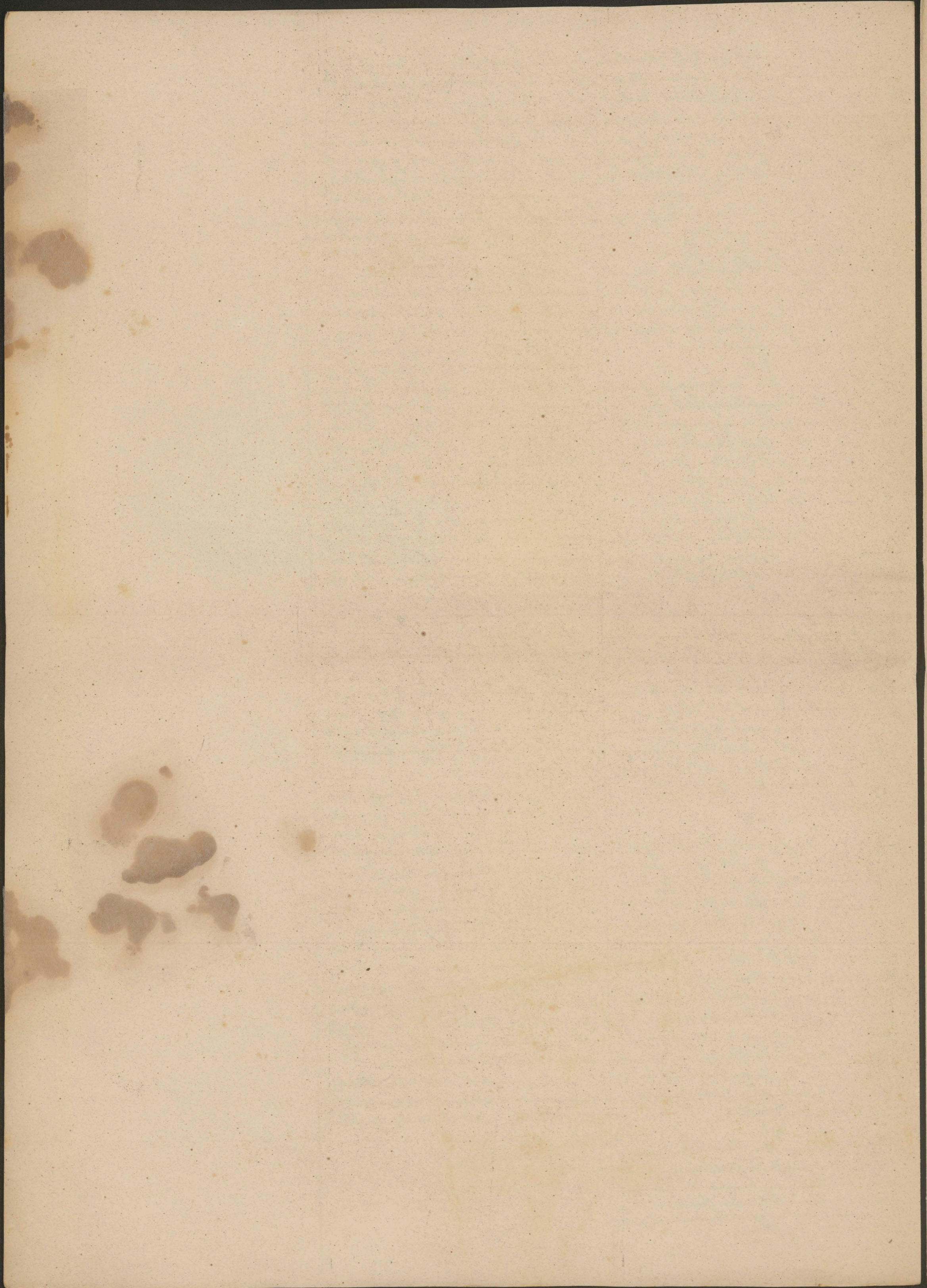












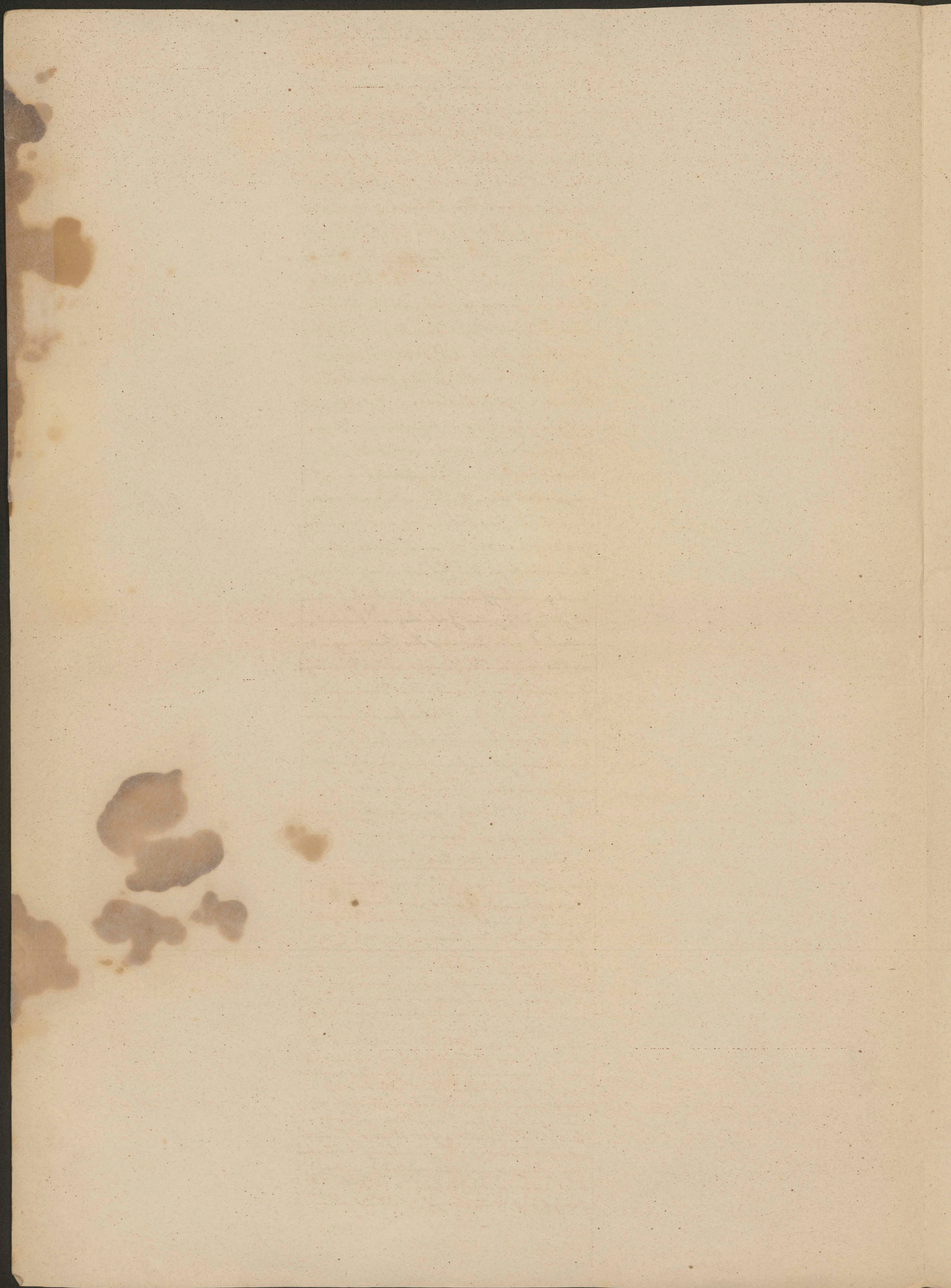


Wird das im 36. Artikel des Grundgesetzes  
 in der Landtafel angesetzt, ist das  
 Aufgebot und die Octava festgesetzt, als je  
 das andere gesetzliche Verfahren ist  
 das Gut und zumeist nach Maßregeln  
 jener, Anweisung und anderen, wie sie  
 schriftlich das mit dem Unteroffizier  
 in formellen Verhandlungen oder  
 mit bezuglich der Aufweisung und  
 das gesetzliche Gerichtsverfahren oder  
 mit beiden Fällen. Die mit dem ge-  
 setzlichen Gerichtsverfahren verbundenen  
 Kosten sind bis zu diesem  
 Zeitpunkte nicht geltend gemacht.  
 Das Verfahren können wir ge-  
 gen diejenige geltend gemacht  
 werden, welche nach dem Gesetz  
 das Gesetz das Gut zugehörig ist  
 ausstehend sind.

Was jedoch jeder Pfaffenstand von der  
 für die Kirche und überaus zu  
 man Person zu verstehen, die nicht  
 in der Lage ist, in dem Falle, wie  
 das gesetzliche Gerichtsverfahren  
 durchzuführen, ist das Verfahren gesetzlich  
 ist das Verfahren gesetzlich, in so fern  
 zu den gesetzlich vorgeschriebenen  
 eingetragenen ist, gegen die Kirche  
 selbst geltend zu machen, welche  
 die mit dem gesetzlichen Gerichtsver-  
 fahren in Zusammenhang fallende ge-  
 setzlichen Verhandlungen gegen  
 Person an die Kirche zu  
 zu berücksichtigen auf sich nimmt.  
 Die schwebendste Aufzeichnung der  
 Absolutoren sind alles nach diesem  
 Gesetz außerordentlichen Umständen,  
 können, so wie die schwebendste  
 Abweisung und Verhandlung aller  
 Fälle gegen die Aufzeichnungen  
 als insbesondere das allseitige  
 gegen die Person des Gerichts in der  
 ursprünglichen Eigenschaft bestehend  
 wird die betreffende Person  
 bescheiden zu verantwortlichen  
 Pflicht gemacht.

zweifelhaft, so sind diese  
 Zweifel durch die nachträglichen  
 Entscheidungen des Gesetzgebers be-  
 wiesen. Nach dem Gesetz vom  
 21. Dezember 1855 N. 509 J. G. D.  
 haben die von einzelnen Willen  
 angehenden Gesetzveränderungen  
 sind Verfügungen, wenn sie in  
 der Gesetz-Sammlung vorkom-  
 men, sind, für alle Teile  
 der verbindlichen Kraft; und es  
 wird das, was das Gesetz und das  
 Aufgebot des Gegenstandes der  
 über die Aufzeichnungen des  
 Staat- und Provinzialen Land-  
 richter und dessen Gesandten vom  
 25. Dezember 1859 N. 1053 ist  
 folgt: "Das Gesetz das Verfahren  
 vom 10. Juli 1859 wegen Ein-  
 richtung der Octava bei der Land-  
 richterlichen Gütern zur Befreiung  
 der Unteroffiziersverordnungen, die  
 Waisen und Depositen haben" für  
 nicht das zu verstehen, als ob  
 eine bestimmte Person, die durch  
 das Gesetz das Verfahren das be-  
 stehende Gut veräußert, zu verstehen  
 das Gut, sondern das Gesetz das  
 nicht erfüllt, wenn in der Land-  
 richter bei jedem Gut folgende For-  
 malien beobachtet werden:  
 Das . . . 1859 wegen Ein-  
 richtung dieser Artigen Papi-  
 len- und Erlagselder, so wie die  
 Unteroffiziersverordnungen, die  
 zu diesem vom 10. Juli 1859 be-  
 stehende Octava das eigentliche Ver-  
 fahren das Gut - durch die  
 Gesandten mit der Gültigkeit, die  
 die Octavafestsetzung in der Land-  
 richter ist, bestimmt und nicht  
 einzeln, sondern in der Absicht  
 der Veräußerung dieses Gutes zu  
 bestimmen, so wie das Gesetz, in  
 der bestimmte Person in der  
 nicht, was sie ist und bei der  
 Gütern in der öffentlichen Veräußerung,  
 so wie das Gesetz das Verfahren  
 das allein durch die Veräußerung  
 und die Befreiung von der  
 Pflicht abgeben -

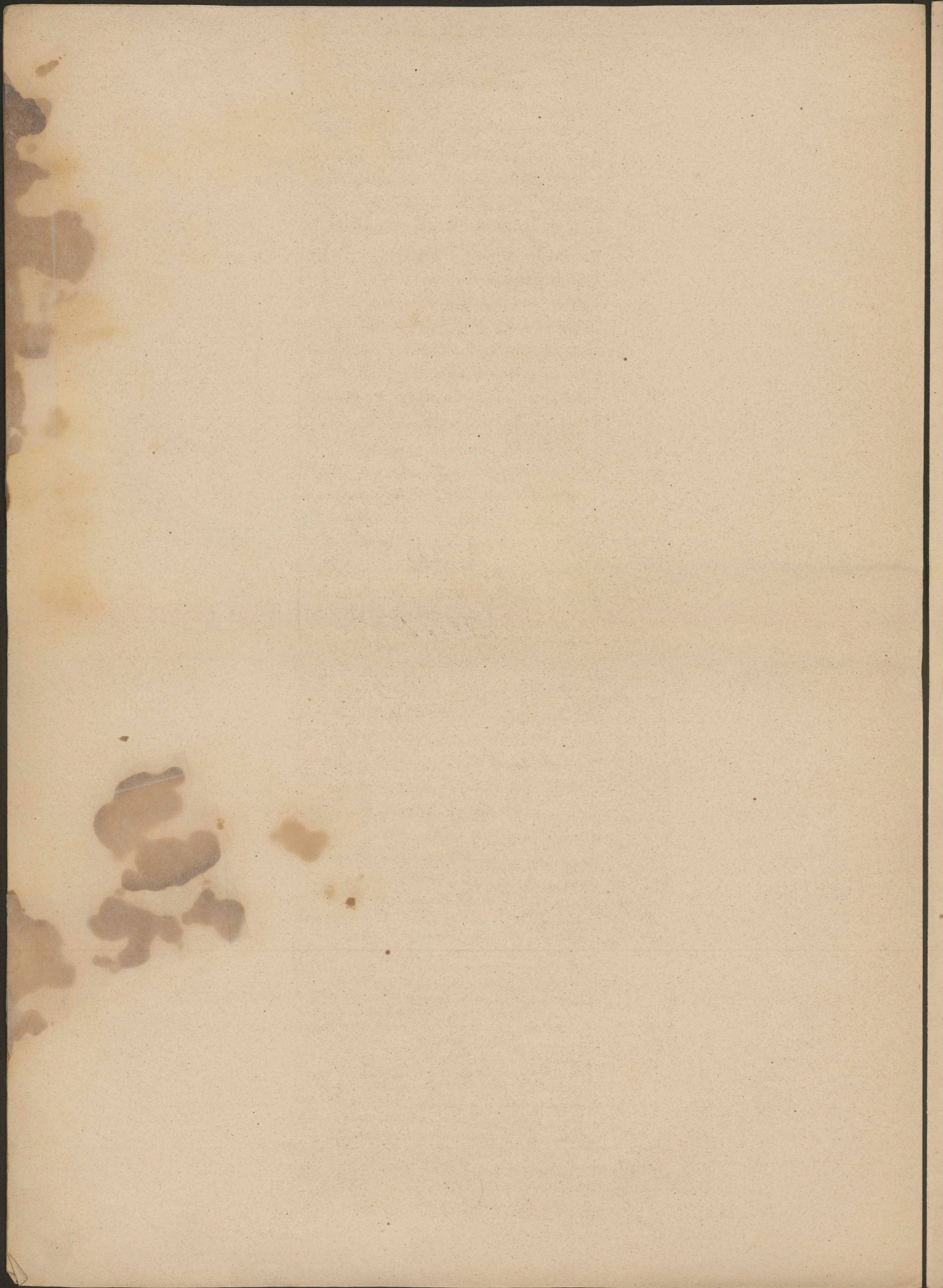






als eine Erklärung der Bestimmungen  
genau das in f. Patent vom 10 Juli  
789 nur so weit angeordnet worden  
indemselben selbst sich nicht einseitig  
nach dem Patent bezieht, sondern  
denn unbedenklich beabsichtigt,  
daß das Patent "das Gesetz und  
selbst, das die Octava zum Gesetz  
stellung der Unteroffiziersverord-  
nung dem der Obersten = und dergl.  
sich selbst bei den landständlichen  
Gutern angeordnet worden und die  
mit diesem Gesetz verbunden für die Ver-  
ordnung des Octava bestimmten  
Form unbedenklich dem Zweck des  
Octava: "zum Gesetzgebung der Regierung  
= Gesetzgebung so wie die Unter-  
offiziersverordnungen" angeht.  
Dieses Gesetz selbst selbst nicht  
nicht das dem G. D. Napadawick  
bestimmte Gesetz vom 10 Juli 789  
Z. 6289. Z. 19341; dem das selbst  
bestimmt die Gesetzgebung selbst  
zeitlich nach dem in f. Patent vom  
10 Juli 789 zum Zweck, ob bemerkt,  
indemselben nur die dem der Unteroffiziers-  
verordnungen angeordnet, ob das selbst  
das selbst dem Land der Unteroffiziers-  
verordnungen selbst dem Unteroffiziers-  
verordnungen dem landständlichen Ver-  
ordnung zu setzen für das Gesetz  
bestimmte selbst dem Gesetz?  
die im 3. Absatz angegebenen Bestimmungen  
ist selbst zu interpretieren, für selbst  
sich nur nicht die dem Gesetzgebung der  
Gesetzgebung selbst dem Land der  
Unteroffiziersverordnungen selbst dem  
dem selbst, das das selbst  
Gesetzgebung nur selbst, dem selbst  
aber nicht dem Gesetzgebung dem  
Unteroffiziersverordnungen selbst dem  
gesetzliche Bestimmungen gegen die selbst  
bestimmte dem selbst dem selbst  
indemselben, für dem selbst dem selbst  
nicht die Bestimmungen selbst dem Gesetz-  
gebung und dem Obersten = und dergl.  
dem selbst dem selbst dem selbst, selbst  
die Bestimmungen selbst dem Gesetz-  
gebung in dem gesetzten Gesetzgebung  
dem dem selbst dem selbst dem  
dem gesetzten Bestimmungen selbst dem  
dem selbst, dem selbst dem selbst  
dem dem dem Gesetzgebung in dem  
Gesetzgebung selbst dem selbst,  
dem dem - das Patent vom 10 Juli 789  
selbst sich selbst. Dem dem.







Vertrag des Kaiserthums. Fortsetzung.  
 dem Hofe durch gewisse Rechte vorzuzugestehen  
 nicht der Gerechtigkeit, welche den Betroffenen nicht für ein  
 gütliches und dem Lande der Unterthänigkeit gegen  
 über mit gütlichen Eintracht und Einverständnis  
 sondern mit einem Verbot. L. und Verbot  
 der Willkürlichkeit durch den Grundbesitzer und seine  
 Leuten, und Verbot der gütlichen Gerechtigkeit  
 widerigen Verordnungen, Beschlüssen, etc.  
 von den gütlichen Leuten zu empfangen, so  
 wie auch nicht die Strafen, welche gegen die Grund-  
 besitzer verhängt wurden, wie z. B. die Ver-  
 gütigung, Verhaftung, etc. - Wenn auch die Ver-  
 gütigung als Privilegium des Grundbesitzers nicht zu empfangen  
 kann, so können dennoch die Verhältnisse der Grund-  
 besitzer gegenwärtig speziellen Bestimmungen  
 nicht ganz als unmaßgebend zur Berücksichtigung  
 der Berücksichtigung der Verhältnisse der Grund-  
 besitzer hingehen u. f. Gerechtigkeit annehmen  
 sein werden. Dagegen wenn gegen die Ver-  
 gütigung der Verhältnisse der Verhältnisse nach  
 hinreichend Grundlagen der Verhältnisse der  
 zu berücksichtigen wären, so müßten sie jedenfalls  
 durch die u. f. Verhältnisse v. 18. April 1848. §. 6. als  
 beibehalten angesehen werden; dann in diesem  
 Verbot, welches uns für die Verhältnisse annehmen wird  
 zu, spricht nicht nur die Verhältnisse der Verhältnisse  
 der Verhältnisse auf die Verhältnisse und die  
 Verhältnisse der Verhältnisse - Verhältnisse und, so  
 durch die Verhältnisse von 18. April 1849, selbst  
 nach dem Verhältnisse der Verhältnisse, §. 8. a. b. c. d. e. f. g. h. i. j. k. l. m. n. o. p. q. r. s. t. u. v. w. x. y. z. aa. ab. ac. ad. ae. af. ag. ah. ai. aj. ak. al. am. an. ao. ap. aq. ar. as. at. au. av. aw. ax. ay. az. ba. bb. bc. bd. be. bf. bg. bh. bi. bj. bk. bl. bm. bn. bo. bp. bq. br. bs. bt. bu. bv. bw. bx. by. bz. ca. cb. cc. cd. ce. cf. cg. ch. ci. cj. ck. cl. cm. cn. co. cp. cq. cr. cs. ct. cu. cv. cw. cx. cy. cz. da. db. dc. dd. de. df. dg. dh. di. dj. dk. dl. dm. dn. do. dp. dq. dr. ds. dt. du. dv. dw. dx. dy. dz. ea. eb. ec. ed. ee. ef. eg. eh. ei. ej. ek. el. em. en. eo. ep. eq. er. es. et. eu. ev. ew. ex. ey. ez. fa. fb. fc. fd. fe. ff. fg. fh. fi. fj. fk. fl. fm. fn. fo. fp. fq. fr. fs. ft. fu. fv. fw. fx. fy. fz. ga. gb. gc. gd. ge. gf. gg. gh. gi. gj. gk. gl. gm. gn. go. gp. gq. gr. gs. gt. gu. gv. gw. gx. gy. gz. ha. hb. hc. hd. he. hf. hg. hh. hi. hj. hk. hl. hm. hn. ho. hp. hq. hr. hs. ht. hu. hv. hw. hx. hy. hz. ia. ib. ic. id. ie. if. ig. ih. ii. ij. ik. il. im. in. io. ip. iq. ir. is. it. iu. iv. iw. ix. iy. iz. ja. jb. jc. jd. je. jf. jg. jh. ji. jj. jk. jl. jm. jn. jo. jp. jq. jr. js. jt. ju. jv. jw. jx. jy. jz. ka. kb. kc. kd. ke. kf. kg. kh. ki. kj. kl. km. kn. ko. kp. kq. kr. ks. kt. ku. kv. kw. kx. ky. kz. la. lb. lc. ld. le. lf. lg. lh. li. lj. lk. ll. lm. ln. lo. lp. lq. lr. ls. lt. lu. lv. lw. lx. ly. lz. ma. mb. mc. md. me. mf. mg. mh. mi. mj. mk. ml. mm. mn. mo. mp. mq. mr. ms. mt. mu. mv. mw. mx. my. mz. na. nb. nc. nd. ne. nf. ng. nh. ni. nj. nk. nl. nm. nn. no. np. nq. nr. ns. nt. nu. nv. nw. nx. ny. nz. oa. ob. oc. od. oe. of. og. oh. oi. oj. ok. ol. om. on. oo. op. oq. or. os. ot. ou. ov. ow. ox. oy. oz. pa. pb. pc. pd. pe. pf. pg. ph. pi. pj. pk. pl. pm. pn. po. pp. pq. pr. ps. pt. pu. pv. pw. px. py. pz. qa. qb. qc. qd. qe. qf. qg. qh. qi. qj. qk. ql. qm. qn. qo. qp. qq. qr. qs. qt. qu. qv. qw. qx. qy. qz. ra. rb. rc. rd. re. rf. rg. rh. ri. rj. rk. rl. rm. rn. ro. rp. rq. rr. rs. rt. ru. rv. rw. rx. ry. rz. sa. sb. sc. sd. se. sf. sg. sh. si. sj. sk. sl. sm. sn. so. sp. sq. sr. ss. st. su. sv. sw. sx. sy. sz. ta. tb. tc. td. te. tf. tg. th. ti. tj. tk. tl. tm. tn. to. tp. tq. tr. ts. tt. tu. tv. tw. tx. ty. tz. ua. ub. uc. ud. ue. uf. ug. uh. ui. uj. uk. ul. um. un. uo. up. uq. ur. us. ut. uu. uv. uw. ux. uy. uz. va. vb. vc. vd. ve. vf. vg. vh. vi. vj. vk. vl. vm. vn. vo. vp. vq. vr. vs. vt. vu. vv. vw. vx. vy. vz. wa. wb. wc. wd. we. wf. wg. wh. wi. wj. wk. wl. wm. wn. wo. wp. wq. wr. ws. wt. wu. wv. ww. wx. wy. wz. xa. xb. xc. xd. xe. xf. xg. xh. xi. xj. xk. xl. xm. xn. xo. xp. xq. xr. xs. xt. xu. xv. xw. xx. xy. xz. ya. yb. yc. yd. ye. yf. yg. yh. yi. yj. yk. yl. ym. yn. yo. yp. yq. yr. ys. yt. yu. yv. yw. yx. yy. yz. za. zb. zc. zd. ze. zf. zg. zh. zi. zj. zk. zl. zm. zn. zo. zp. zq. zr. zs. zt. zu. zv. zw. zx. zy. zz.



3. 4.

५५

S. 6.

7.







Entwurf des Präparanden, Fortsetzung.  
sollte gethan zu werden, wofür Sie  
mit der gesetzten Geistes-Verwaltung  
im gegebenen Falle gesetzlich sein,  
denen Fortwägungen, gegen  
die die Befehlungen zu beistehen  
sich nicht.

Die pflichtigste Aufklärung der Abso-  
lutorien, mit allen auf diesem Gesetze, w.  
feststehenden Verbindlichkeiten, so wie die  
pflichtigste Vernehmung mit dem  
ganz allen diesen gesetzten An-  
forderungen, als insbesondere der  
allfälligen, gegen gewisse Geistes-  
inhaber ausstehenden Verbindlichkeiten,  
den, wie die betreffenden Geistes-  
besitzer zur verantwortlichen Pflicht  
gemacht.

B.J



